

Die Abstimmungsergebnisse vom Wochenende

Zwei knappe Ja und ein deutliches Nein

URNENGANG Am vergangenen Sonntag hat sich der Souverän geäußert und beschlossen: Künftig gibt es in der Schweiz zollfreies Palmöl aus Indonesien, dafür keine digitale Identitätskarte von privaten Anbietern und auch keine Burkas. Beziehungsweise, Letztere gibt es natürlich noch, schätzungsweise etwa 30 Stück schweizweit. Frau darf sie nur bald nicht mehr öffentlich tragen.

Die Mehrheit des Schaffhauser Stimmvolks, das etwa 1 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten ausmacht, war bei allen drei Abstimmungen auf der Seite der Sieger. Während beim Verhüllungsverbot auf Bundesebene

etwas mehr als ein Prozent oder gut 70 000 Stimmen den Unterschied machten, war die Entscheidung in Schaffhausen relativ klar: Die Ja-Stimmenden waren mit über 2 Prozentpunkten Differenz in der Überzahl. Interessantes Detail: Als einzige Gemeinde ausser der Stadt Schaffhausen hat das 1300-Seelen-Dorf Stetten die «Burka-Initiative» abgelehnt.

Noch viel klarer als bei der Abstimmung über das Verhüllungsverbot waren die Mehrheitsverhältnisse beim Gesetz zur E-ID. Schweizweit schickten fast 65 Prozent der Stimmberechtigten die Vorlage bachab, kein einziger Kanton votierte dafür.

Wie beim Verhüllungsverbot fiel auch das Schaffhauser Votum zur E-ID deutlicher aus, als es auf Bundesebene der Fall war: Über 68 Prozent sagten Nein, in keiner einzigen Gemeinde fand sich eine Ja-Mehrheit – und das in dem Kanton, der im Vorfeld der Abstimmung sogar als möglicher E-ID-Anbieter gehandelt wurde (siehe AZ Ausgabe 7).

Höchst uneins waren sich die Schaffhauserinnen und Schaffhauser bei der Frage, ob die Schweiz zusammen mit den EFTA-Staaten ein Freihandelsabkommen mit Indonesien abschliessen soll. Mit einer hauchdünnen Ja-Marge von 0,7 Prozent

nahm Schaffhausen nur minimalen Einfluss auf die Entscheidung, welche wie so oft entlang des Röstigrabens gefällt wurde. Die Romands lehnten das Freihandelsabkommen mit bis zu 65 Prozent Nein-Stimmen ab (VS, JU), während die Deutschschweiz und das Tessin, besonders stark die Innerschweizer Kantone, dem Abkommen zustimmten.

Beruhigend zu sehen: In der Indonesien-Frage hat Stetten wieder zu seinem gewohnten, eher bürgerlichen Stimmverhalten zurückgefunden – und lieferte mit über 60 Prozent Zustimmung zum Abkommen das klarste Ja aller Gemeinden im Kanton. **Imi.**

CORONA

Impfungen, Härtefälle und neue Regeln für Restaurants

Neu erlaubt: Büezer-Zmittag in der Beiz

UPDATE Nachdem ausser Hausarbeitende Handwerker, Monteurrinnen, Landwirtschaftsmitarbeiter oder Strassenbauerinnen den ganzen Winter über pandemiebedingt draussen zu Mittag essen mussten, ist es für sie jetzt theoretisch wieder möglich, in eine Beiz einzukehren. Per Verordnung erlaubt das Gesundheitsamt Restaurants unter strengen Auflagen, über Mittag als «Betriebskantine» zu fungieren.

Interessierte Restaurants müssen sich beim Verband *Gastro Schaffhausen* anmelden. Damit Arbeitnehmende in der «Kantine» essen können, muss sie ihr Arbeitgeber vorgängig beim Restaurant ankündigen.

Bis gestern hat sich erst ein Betrieb angemeldet: das *CM Brauhaus* in Neuhausen. Bis heute hatte es noch keine Gäste.

Rege Nachfrage besteht dagegen bei den Impfungen. Vergan-

gene Woche wurden in Schaffhausen so viele Menschen geimpft wie noch nie: Über 2200 Spritzen wurden verteilt, davon waren gut ein Drittel Zweitimpfungen. Damit beträgt die Impfquote in der Schaffhauser Bevölkerung 9,4 (Erstimpfung) bzw. 6 Prozent (beide Impfungen).

Neu können sich auch Menschen mit schweren Allergien impfen lassen. Sie werden vor Ort von einem Allergologen untersucht, erhalten ein Antiallergikum und werden nach der Impfung länger überwacht als üblich. Die Impfung findet für diese Personen nicht im kantonalen Impfzentrum, sondern im Kantonsspital statt und wird durch den Hausarzt vermittelt.

Vergangene Woche gab es mit 44 bestätigten Covid-Fällen einen Anstieg von 12 Prozent gegenüber der Vorwoche, die 14-Tage-Inzidenz ist um 8 Prozentpunkte gesunken.



Restaurants dürfen als Kantine fungieren. Die Nachfrage ist bisher aber bescheiden.

Peter Pfister

Neue Zahlen gibt es ausserdem aus dem Volkswirtschaftsdepartement: Einer Härtefall-Zwischenbilanz ist zu entnehmen, dass der Regierungsrat in der gesamten Corona-Krise bisher rund 7,2 Millionen an Hilfgeldern gesprochen hat, davon 3,7 Millionen seit Beginn der

zweiten Welle. Eingegangen sind rund 150 Gesuche (2. Welle), durch den Regierungsrat bearbeitet wurden 90, davon 72 bewilligt. In den kommenden Wochen werden weitere 180 Gesuche erwartet. Die Bearbeitungsdauer von Härtefallgesuchen beträgt durchschnittlich 3,5 Wochen. **Imi.**